

A19 Wirksame Maßnahmen gegen die Vermüllung im öffentlichen Raum ergreifen

Antragsteller*in: Dieter Steinfeld

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

1 Die LMV beschließt:

- 2 1. Unabhängig von der Vergabe der neuen Abfallentsorgungslizenz wird das
3 Aufgabenfeld „Müllentsorgung im öffentlichen Raum“ effektiver organisiert.
4 Es darf kein Abwarten auf die Zeit nach 2018 geben!
- 5 2. Die Tätigkeiten vom Umweltressort, dem Stadtamt, der Polizei, der
6 Leitstelle Saubere Stadt, des Quartierservice, des Umweltbetriebes, der
7 BSAG, der ENO (...) in diesem Bereich sind mit dem Ziel einer effektiveren
8 Leistung und damit kostengünstigeren Ausführung neu zu organisieren. Heute
9 vorhandene gesetzliche Regelungen wie z. B. das Abfallortsgesetz sind ggf.
10 entsprechend anzupassen.
- 11 3. Zwischen dem vorgehaltenen Behältervolumen und den tatsächlich in einem
12 Haus wohnenden Menschen muss es erhebliche Abweichungen mit der Folge
13 vermindelter Gebühreneinnahmen geben. Ansonsten ist es nicht erklärbar,
14 das so viele Menschen ihren Hausmüll in öffentlichen Anlagen entsorgen.
15 Dieser permanente Einnahmeausfall ist durch eine stringenter Erfassung
16 und Kontrolle zu stoppen. Das Abfallortsgesetz bietet dafür bereits heute
17 die Möglichkeiten.
- 18 4. Für Ordnungswidrigkeitsentgelte muss es die Möglichkeit der Barzahlung vor
19 Ort mit einem hohen Rabatt geben, so dass es einen starken Anreiz gibt,
20 unbürokratisch die Strafe zu entrichten und die Verwaltungskosten niedrig
21 zu halten. Der heutige Verwaltungsweg sowohl mit der Einschaltung der
22 Büromitarbeiter der Leitstelle Saubere Stadt als auch der über das
23 Stadtamt ist viel zu bürokratisch bzw. nicht kostendeckend.
- 24 5. Die (aufsuchende) Aufklärungsarbeit insbesondere bei aus dem Ausland neu
25 zugezogenen Bürgern wird verstärkt.
- 26 6. Für die Aufgaben unter 3. – 5. wird - wie in Bremerhaven bereits geschehen
27 -, ein Bürger- und Ordnungsservice eingerichtet. Wie in Bremerhaven werden
28 Mitarbeiter im Rang eines Hilfspolizisten beschäftigt, damit entsprechende
29 Befugnisse vorhanden sind. Mehrkosten sind durch das sehr hohe
30 Entgeltpotential eher nicht zu erwarten. Die Arbeit der Kontaktpolizisten
31 vor Ort – die für weit mehr als die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten
32 ausgebildet sind - wird dadurch entlastet.
- 33 7. Die Rissfestigkeit der Gelben Säcke wurde zwar verbessert, genügt aber
34 dennoch in der Praxis nicht. Das DSD ist in die Pflicht zu nehmen,
35 praxismgerechte Lösungen zur Verfügung zu stellen. An dauerhaften
36 Problemstellen müssen im Ausland bewährte dezentrale (unterirdische)
37 Sammelstationen eingeführt werden. Notfalls muss eine Gelbe Tonne
38 vorgeschrieben werden können.
- 39 8. Viele private Händler wie z. B. Supermärkte haben auf ihren Grundstücken
40 die Aufstellung von Altglasbehältern abgeschafft, weil an den

41 Glasbehältern viel anderweitiger Müll abgelagert wurde. Dadurch gibt es
42 jetzt im Stadtgebiet viel zu wenige Altglasbehälter mit weiten Wegen. Die
43 Dichte der Altglasbehälter ist durch geeignete Maßnahmen wieder zu
44 erhöhen.

45 9. Die Abschaffung von Papiersammelstationen durch die Abholung vor Ort ist
46 ein Irrweg. Bei widrigen Wetterverhältnissen fliegen jetzt an vielen Orten
47 Kartonagen und Papier durch die Straßen. Die Einsammlung kleinster am
48 Boden liegender Papierhaufen ist eine unwirtschaftliche Zumutung für die
49 Müllwerker. Auch dies ist zu korrigieren.

Begründung

Im Koalitionsvertrag heißt es ab Zeile 3609 :

„... wollen wir die bisher bei verschiedenen Ressorts beheimateten Kontrollfunktionen unter dem Dach eines städtischen Ordnungsdienstes zusammenfassen und die entsprechenden rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen dafür schaffen. Sowohl für den Bereich Jugendschutz, für die Gewerbeüberwachung und die Kontrollen von Spielhallen als auch bei Beschwerden über Lärm, Behinderungen und Verschmutzungen auf öffentlichen Flächen soll es somit künftig eine konkrete Zuständigkeit geben.“

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN sind vom Selbstverständnis her eine ökologische Partei. Umweltschutz steht seit der Parteigründung oben auf der Agenda.

Wir lassen es aber zu, dass illegale Abfallablagerungen in unserer Stadt in den letzten Jahren immer mehr zugenommen haben. An unzähligen Stellen wird z. B. illegal Hausmüll abgelagert. Glasscherben, Krankheitserreger aus Essensresten, Verpackungsreste ... stellen eine zunehmende Gefahr für Tiere vor Ort und in den Meeren dar.

Systematisch wurden im Stadtgebiet im großen Umfang öffentliche Müllbehälter abgebaut, mit der Begründung, dass dort ansonsten Hausmüll eingeworfen oder zugestellt wird. Das ist das Pferd vom falschen Ende her aufzäumen!

Mitarbeiter in Beschäftigungsmaßnahmen im Quartiersservice dürfen keine Regelaufgaben der Straßenreinigung ausführen - früher im Stadtbild eingesetzte Straßenkehrer gibt es aber viel zu wenige.

Noch schlimmer: Die Tätigkeit des Umwelt- und Ordnungsdienstes des Umweltressorts vornehmlich in der Innenstadt wurde kürzlich ersatzlos beendet!

2013 stammten bereits über 5 % der gesamten Müllmenge aus illegalen Ablagerungen. Die Kosten dafür sollen ebenfalls bei ca. 5 % der Gesamtkosten der öffentlichen Abfallentsorgung gelegen haben. Wir vermuten, dass es heute mehr sind. Gewerbetreibende mißbrauchen die private Müllabfuhr über Gebühr und stellen riesige Mengen an eigentlich gewerblichen Verpackungen auf die Straßen.

"Die Müllfrage" ist eine der drängendsten Fragen in der Bevölkerung, die viele Beiratsmitglieder quasi ständig bei ihrer Arbeit begleitet. Wir GRÜNEN stehen geradezu in der Verpflichtung und können auch damit punkten, wenn wir diesen Misstand angehen.

Unterstützer*innen

Bernd Schwertfeger; Petra Fritsche-Ejemole; Reinhold Koch; Ulf Jacob; Anne Hölting